

Übereinkommen Nr. 182 über das Verbot und unverzügliche Massnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit

Abgeschlossen in Genf am 17. Juni 1999
Von der Bundesversammlung genehmigt am 9. März 2000¹
Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 28. Juni 2000
In Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juni 2001
(Stand am 29. Oktober 2019)

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 1. Juni 1999 zu ihrer 87. Tagung zusammengetreten ist,

verweist auf die Notwendigkeit, neue Urkunden zum Verbot und zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit als vorrangiges Ziel nationaler und internationaler Massnahmen, einschliesslich der internationalen Zusammenarbeit und Unterstützung, anzunehmen, um das Übereinkommen und die Empfehlung über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung, 1973², zu ergänzen, die weiterhin grundlegende Urkunden über die Kinderarbeit sind,

stellt fest, dass die wirksame Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit unverzügliche und umfassende Massnahmen erfordert, wobei die Bedeutung der unentgeltlichen Grundbildung und die Notwendigkeit zu berücksichtigen sind, die betreffenden Kinder aus jeder Arbeit dieser Art herauszuholen und ihre Rehabilitation und soziale Eingliederung unter gleichzeitigem Eingehen auf die Bedürfnisse ihrer Familien vorzusehen,

verweist auf die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 83. Tagung im Jahr 1996 angenommene Entschliessung über die Abschaffung der Kinderarbeit,

erkennt an, dass Kinderarbeit zu einem grossen Teil durch Armut verursacht wird und dass die langfristige Lösung in nachhaltigem Wirtschaftswachstum liegt, das zu sozialem Fortschritt, insbesondere zur Linderung von Armut und zu universeller Bildung, führt,

verweist auf die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 20. November 1989³ verabschiedete Konvention über die Rechte des Kindes,

verweist auf die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 86. Tagung im Jahr 1998 angenommene Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und ihre Folgemassnahmen,

weist darauf hin, dass einige der schlimmsten Formen der Kinderarbeit Gegenstand anderer internationaler Instrumente sind, insbesondere des Übereinkommens über

AS 2003 927; BBl 2000 330

¹ Art. 1 Abs. 1 Bst. c des BB vom 9. März 2000 (AS 2003 926).

² SR 0.822.723.8

³ SR 0.107

Zwangsarbeit, 1930⁴, und des Zusatzübereinkommens der Vereinten Nationen über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken, 1956⁵,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend Kinderarbeit, eine Frage, die den vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, dass diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 17. Juni 1999, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999, bezeichnet wird.

Art. 1

Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, hat unverzügliche und wirksame Massnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die schlimmsten Formen der Kinderarbeit vordringlich verboten und beseitigt werden.

Art. 2

Im Sinne dieses Übereinkommens gilt der Ausdruck «Kind» für alle Personen unter 18 Jahren.

Art. 3

Im Sinne dieses Übereinkommens umfasst der Ausdruck «die schlimmsten Formen der Kinderarbeit»:

- a) alle Formen der Sklaverei oder alle sklavereiähnlichen Praktiken, wie den Verkauf von Kindern und den Kinderhandel, Schuldknechtschaft und Leibeigenschaft sowie Zwangs- oder Pflichtarbeit, einschliesslich der Zwangs- oder Pflichtrekrutierung von Kindern für den Einsatz in bewaffneten Konflikten;
- b) das Heranziehen, Vermitteln oder Anbieten eines Kindes zur Prostitution, zur Herstellung von Pornografie oder zu pornografischen Darbietungen;
- c) das Heranziehen, Vermitteln oder Anbieten eines Kindes zu unerlaubten Tätigkeiten, insbesondere zur Gewinnung von und zum Handel mit Drogen, wie diese in den einschlägigen internationalen Übereinkünften definiert sind;
- d) Arbeit, die ihrer Natur nach oder auf Grund der Umstände, unter denen sie verrichtet wird, voraussichtlich für die Gesundheit, die Sicherheit oder die Sittlichkeit von Kindern schädlich ist.

⁴ SR 0.822.713.9

⁵ SR 0.311.371

Art. 4

1. Die unter Artikel 3 d) erwähnten Arten von Arbeit sind durch die innerstaatliche Gesetzgebung oder durch die zuständige Stelle nach Beratung mit den in Betracht kommenden Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu bestimmen, wobei die einschlägigen internationalen Normen zu berücksichtigen sind, insbesondere die Absätze 3 und 4 der Empfehlung betreffend die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999.

2. Die zuständige Stelle hat nach Beratung mit den in Betracht kommenden Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu ermitteln, wo die so bestimmten Arten von Arbeit vorkommen.

3. Das Verzeichnis der gemäss Absatz 1 dieses Artikels bestimmten Arten von Arbeit ist von der zuständigen Stelle in Beratung mit den in Betracht kommenden Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer regelmässig zu überprüfen und erforderlichenfalls zu revidieren.

Art. 5

Jedes Mitglied hat nach Beratung mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden geeignete Mechanismen zur Überwachung der Durchführung der Bestimmungen zur Umsetzung dieses Übereinkommens einzurichten oder zu bezeichnen.

Art. 6

1. Jedes Mitglied hat Aktionsprogramme zur vorrangigen Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit zu planen und durchzuführen.

2. Solche Aktionsprogramme sind in Beratung mit den einschlägigen staatlichen Einrichtungen sowie den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden zu planen und durchzuführen, wobei gegebenenfalls die Auffassungen anderer in Betracht kommender Gruppen zu berücksichtigen sind.

Art. 7

1. Jedes Mitglied hat alle erforderlichen Massnahmen zu treffen, um die wirksame Durchführung und Durchsetzung der Bestimmungen zur Umsetzung dieses Übereinkommens sicherzustellen, einschliesslich der Festsetzung und Anwendung von strafrechtlichen Massnahmen oder gegebenenfalls anderen Zwangsmassnahmen.

2. Jedes Mitglied hat unter Berücksichtigung der Bedeutung der Schulbildung für die Beseitigung der Kinderarbeit wirksame Massnahmen innerhalb einer bestimmten Frist zu treffen, um:

- a) den Einsatz von Kindern bei den schlimmsten Formen der Kinderarbeit zu verhindern;
- b) die erforderliche und geeignete unmittelbare Unterstützung für das Herausholen von Kindern aus den schlimmsten Formen der Kinderarbeit und für ihre Rehabilitation und soziale Eingliederung zu gewähren;

- c) allen aus den schlimmsten Formen der Kinderarbeit herausgeholt Kindern den Zugang zur unentgeltlichen Grundbildung und, wann immer möglich und zweckmässig, zur Berufsbildung zu gewährleisten;
 - d) besonders gefährdete Kinder zu ermitteln und zu erreichen; und
 - e) der besonderen Lage von Mädchen Rechnung zu tragen.
3. Jedes Mitglied hat die zuständige Stelle zu bezeichnen, die für die Durchführung der Bestimmungen zur Umsetzung dieses Übereinkommens verantwortlich ist.

Art. 8

Die Mitglieder haben geeignete Schritte zu unternehmen, um sich gegenseitig bei der Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens zu helfen, und zwar durch verstärkte internationale Zusammenarbeit und/oder Hilfeleistung, einschliesslich der Unterstützung für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, für Programme zur Beseitigung von Armut und für universelle Bildung.

Art. 9

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Art. 10

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes eingetragen ist.
2. Es tritt, zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind, in Kraft.
3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Art. 11

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren seit seinem erstmaligen Inkrafttreten durch förmliche Mitteilung an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Sie wird erst ein Jahr nach der Eintragung wirksam.
2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und binnen eines Jahres nach Ablauf der in Absatz 1 genannten zehn Jahre von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für weitere zehn Jahre gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf von zehn Jahren nach Massgabe dieses Artikels kündigen.

Art. 12

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.
2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, zu dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Art. 13

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945⁶ vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Massgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

Art. 14

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes erstattet der Allgemeinen Konferenz, wann immer er es für nötig erachtet, einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens und prüft, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Neufassung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Art. 15

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise neu fasst, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gilt Folgendes:
 - a) Die Ratifikation des neu gefassten Übereinkommens durch ein Mitglied hat ungeachtet des Artikels 11 ohne weiteres die Wirkung einer sofortigen Kündigung des vorliegenden Übereinkommens, sofern das neu gefasste Übereinkommen in Kraft getreten ist.
 - b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neu gefassten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.
2. In jedem Fall bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt für diejenigen Mitglieder in Kraft, die dieses, nicht jedoch das neu gefasste Übereinkommen ratifiziert haben.

Art. 16

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise verbindlich.

⁶ SR 0.120

Geltungsbereich am 29. Oktober 2019⁷

Vertragsstaaten	Ratifikation Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Afghanistan	7. April	2010	7. April	2011
Ägypten	6. Mai	2002	6. Mai	2003
Albanien	2. August	2001	2. August	2002
Algerien	9. Februar	2001	9. Februar	2002
Angola	13. Juni	2001	13. Juni	2002
Antigua und Barbuda	16. September	2002	16. September	2003
Äquatorialguinea	13. August	2001	13. August	2002
Argentinien	5. Februar	2001	5. Februar	2002
Armenien	2. Januar	2006	2. Januar	2007
Aserbaidshan	30. März	2004	30. März	2005
Äthiopien	2. September	2003	2. September	2004
Australien	19. Dezember	2006	19. Dezember	2007
Bahamas	14. Juni	2001	14. Juni	2002
Bahrain	23. März	2001	23. März	2002
Bangladesch	12. März	2001	12. März	2002
Barbados	23. Oktober	2000	23. Oktober	2001
Belarus	31. Oktober	2000	31. Oktober	2001
Belgien	8. Mai	2002	8. Mai	2003
Belize	6. März	2000	6. März	2001
Benin	6. November	2001	6. November	2002
Bolivien	6. Juni	2003	6. Juni	2004
Bosnien und Herzegowina	5. Oktober	2001	5. Oktober	2002
Botsuana	3. Januar	2000	3. Januar	2001
Brasilien	2. Februar	2000	2. Februar	2001
Brunei	9. Juni	2008	9. Juni	2009
Bulgarien	28. Juli	2000	28. Juli	2001
Burkina Faso	25. Juli	2001	25. Juli	2002
Burundi	11. Juni	2002	11. Juni	2003
Chile	17. Juli	2000	17. Juli	2001
China	8. August	2002	8. August	2003
Cook-Inseln	15. August	2018	15. August	2019
Costa Rica	10. September	2001	10. September	2002
Côte d'Ivoire	7. Februar	2003	7. Februar	2004
Dänemark ^a	14. August	2000	14. August	2001
Deutschland	18. April	2002	18. April	2003
Dominica	4. Januar	2001	4. Januar	2002
Dominikanische Republik	15. November	2000	15. November	2001
Dschibuti	28. Februar	2005	28. Februar	2006
Ecuador	19. September	2000	19. September	2001

⁷ AS 2003 927, 2005 1781, 2006 4209, 2010 4235, 2013 413, 2016 1245 und 2019 3523.
Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA (www.eda.admin.ch/vertraege).

Vertragsstaaten	Ratifikation		Inkrafttreten	
	Nachfolge- erklärung (N)			
El Salvador	12. Oktober	2000	12. Oktober	2001
Eritrea	3. Juni	2019	3. Juni	2020
Estland	24. September	2001	24. September	2002
Eswatini	23. Oktober	2002	23. Oktober	2003
Fidschi	17. April	2002	17. April	2003
Finnland	17. Januar	2000	17. Januar	2001
Frankreich	11. September	2001	11. September	2002
Gabun	28. März	2001	28. März	2002
Gambia	3. Juli	2001	3. Juli	2002
Georgien	24. Juli	2002	24. Juli	2003
Ghana	13. Juni	2000	13. Juni	2001
Grenada	14. Mai	2003	14. Mai	2004
Griechenland	6. November	2001	6. November	2002
Guatemala	11. Oktober	2001	11. Oktober	2002
Guinea	6. Juni	2003	6. Juni	2004
Guinea-Bissau	26. August	2008	26. August	2009
Guyana	15. Januar	2001	15. Januar	2002
Haiti	19. Juli	2007	19. Juli	2008
Honduras	25. Oktober	2001	25. Oktober	2002
Indonesien	28. März	2000	28. März	2001
Irak	9. Juli	2001	9. Juli	2002
Iran	8. Mai	2002	8. Mai	2003
Irland	20. Dezember	1999	20. Dezember	2000
Island	29. Mai	2000	29. Mai	2001
Israel	15. März	2005	15. März	2006
Italien	7. Juni	2000	7. Juni	2001
Jamaika	13. Oktober	2003	13. Oktober	2004
Japan	18. Juni	2001	18. Juni	2002
Jemen	15. Juni	2000	15. Juni	2001
Jordanien	20. April	2000	20. April	2001
Kambodscha	14. März	2006	14. März	2007
Kamerun	5. Juni	2002	5. Juni	2003
Kanada	6. Juni	2000	6. Juni	2001
Kap Verde	23. Oktober	2001	23. Oktober	2002
Kasachstan	26. Februar	2003	26. Februar	2004
Katar	30. Mai	2000	30. Mai	2001
Kenia	7. Mai	2001	7. Mai	2002
Kirgisistan	11. Mai	2004	11. Mai	2005
Kiribati	17. Juni	2009	17. Juni	2010
Kolumbien	28. Januar	2005	28. Januar	2006
Komoren	17. März	2004	17. März	2005
Kongo (Brazzaville)	29. April	2002	29. April	2003
Kongo (Kinshasa)	20. Juni	2001	20. Juni	2002

Vertragsstaaten	Ratifikation Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Korea (Süd-)	29. März	2001	29. März	2002
Kroatien	17. Juli	2001	17. Juli	2002
Kuba	28. September	2015	28. September	2016
Kuwait	15. August	2000	15. August	2001
Laos	13. Juni	2005	13. Juni	2006
Lesotho	14. Juni	2001	14. Juni	2002
Lettland	2. Juni	2006	2. Juni	2007
Libanon	11. September	2001	11. September	2002
Liberia	2. Juni	2003	2. Juni	2004
Libyen	4. Oktober	2000	4. Oktober	2001
Litauen	29. September	2003	29. September	2004
Luxemburg	21. März	2001	21. März	2002
Madagaskar	4. Oktober	2001	4. Oktober	2002
Malawi	19. November	1999	19. November	2000
Malaysia	10. November	2000	10. November	2001
Malediven	4. Januar	2013	4. Januar	2014
Mali	14. Juli	2000	14. Juli	2001
Malta	15. Juni	2001	15. Juni	2002
Marokko	26. Januar	2001	26. Januar	2002
Marshallinseln	13. März	2019	13. März	2020
Mauretanien	3. Dezember	2001	3. Dezember	2002
Mauritius	8. Juni	2000	8. Juni	2001
Mexiko	30. Juni	2000	30. Juni	2001
Moldau	14. Juni	2002	14. Juni	2003
Mongolei	26. Februar	2001	26. Februar	2002
Montenegro	3. Juni	2006 N	3. Juni	2006
Mosambik	16. Juni	2003	16. Juni	2004
Myanmar	18. Dezember	2013	18. Dezember	2014
Namibia	15. November	2000	15. November	2001
Nepal	3. Januar	2002	3. Januar	2003
Neuseeland	14. Juni	2001	14. Juni	2002
Nicaragua	6. November	2000	6. November	2001
Niederlande	14. Februar	2002	14. Februar	2003
Aruba	22. Juni	2011	22. Juni	2011
Niger	23. Oktober	2000	23. Oktober	2001
Nigeria	2. Oktober	2002	2. Oktober	2003
Nordmazedonien	30. Mai	2002	30. Mai	2003
Norwegen	21. Dezember	2000	21. Dezember	2001
Oman	11. Juni	2001	11. Juni	2002
Österreich	4. Dezember	2001	4. Dezember	2002
Pakistan	11. Oktober	2001	11. Oktober	2002
Palau	4. März	2019	4. März	2020
Panama	31. Oktober	2000	31. Oktober	2001
Papua-Neuguinea	2. Juni	2000	2. Juni	2001

Vertragsstaaten	Ratifikation		Inkrafttreten	
	Nachfolge- erklärung (N)			
Paraguay	7. März	2001	7. März	2002
Peru	10. Januar	2002	10. Januar	2003
Philippinen	28. November	2000	28. November	2001
Polen	9. August	2002	9. August	2003
Portugal	15. Juni	2000	15. Juni	2001
Ruanda	23. Mai	2000	23. Mai	2001
Rumänien	13. Dezember	2000	13. Dezember	2001
Russland	25. März	2003	25. März	2004
Salomoninseln	13. April	2012	13. April	2013
Sambia	10. Dezember	2001	10. Dezember	2002
Samoa	30. Juni	2008	30. Juni	2009
San Marino	15. März	2000	15. März	2001
São Tomé und Príncipe	4. Mai	2005	4. Mai	2006
Saudi-Arabien	8. Oktober	2001	8. Oktober	2002
Schweden	13. Juni	2001	13. Juni	2002
Schweiz	28. Juni	2000	28. Juni	2001
Senegal	1. Juni	2000	1. Juni	2001
Serbien	10. Juli	2003	10. Juli	2004
Seychellen	28. September	1999	19. November	2000
Sierra Leone	10. Juni	2011	10. Juni	2012
Simbabwe	11. Dezember	2000	11. Dezember	2001
Singapur	14. Juni	2001	14. Juni	2002
Slowakei	20. Dezember	1999	20. Dezember	2000
Slowenien	8. Mai	2001	8. Mai	2002
Somalia	20. März	2014	20. März	2015
Spanien	2. April	2001	2. April	2002
Sri Lanka	1. März	2001	1. März	2002
St. Kitts und Nevis	12. Oktober	2000	12. Oktober	2001
St. Lucia	6. Dezember	2000	6. Dezember	2001
St. Vincent und die Grenadinen	4. Dezember	2001	4. Dezember	2002
Südafrika	7. Juni	2000	7. Juni	2001
Sudan	7. März	2003	7. März	2004
Südsudan	29. April	2012	29. April	2013
Suriname	12. April	2006	12. April	2007
Syrien	22. Mai	2003	22. Mai	2004
Tadschikistan	8. Juni	2005	8. Juni	2006
Tansania	12. September	2001	12. September	2002
Thailand	16. Februar	2001	16. Februar	2002
Timor-Leste	16. Juni	2009	16. Juni	2010
Togo	19. September	2000	19. September	2001
Trinidad und Tobago	23. April	2003	23. April	2004
Tschad	6. November	2000	6. November	2001
Tschechische Republik	19. Juni	2001	19. Juni	2002

Vertragsstaaten	Ratifikation Nachfolge- erklärung (N)		Inkrafttreten	
Tunesien	28. Februar	2000	28. Februar	2001
Türkei	2. August	2001	2. August	2002
Turkmenistan	15. November	2010	15. November	2011
Tuvalu	11. Juni	2019	11. Juni	2020
Uganda	21. Juni	2001	21. Juni	2002
Ukraine	14. Dezember	2000	14. Dezember	2001
Ungarn	20. April	2000	20. April	2001
Uruguay	3. August	2001	3. August	2002
Usbekistan	24. Juni	2008	24. Juni	2009
Vanuatu	28. August	2006	28. August	2007
Venezuela	8. Juni	2005	8. Juni	2006
Vereinigte Arabische Emirate	28. Juni	2001	28. Juni	2002
Vereinigte Staaten*	2. Dezember	1999	2. Dezember	2000
Vereinigtes Königreich	22. März	2000	22. März	2001
Guernsey ^b	15. Oktober	2001	15. Oktober	2001
Vietnam	19. Dezember	2000	19. Dezember	2001
Zentralafrikanische Republik	28. Juni	2000	28. Juni	2001
Zypern	27. November	2000	27. November	2001

* Vorbehalte und Erklärungen.

Die Vorbehalte und Erklärungen werden in der AS nicht veröffentlicht. Die französischen und englischen Texte können auf der Internetseite der Internationale Arbeitsorganisation: www.ilo.org > Français > Normes du travail > NORMLEX > Instruments > Conventions et recommandations à jour eingesehen oder bei der Direktion für Völkerrecht, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern, bezogen werden.

^a Nicht anwendbar auf die Färöer-Inseln und Grönland.

^b Anwendung ohne Abweichungen auf Guernsey (mit Ausnahme des «Bailiwick» Guernsey, welchem die Inseln Alderney und Sark unterstehen).